



Petition 186804

Zivilprozessordnung - Besserer Schutz vor Einschüchterungsklagen in Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie 2024/1069

Text der Petition	Mit der Petition wird ein besserer Schutz vor Einschüchterungsklagen in Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie 2024/1069 gefordert.
Begründung	<p>Ich begrüße ausdrücklich den Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Anti-SLAPP-Richtlinie 2024/1069.</p> <p>Positiv werte ich,</p> <ul style="list-style-type: none">- dass das Gesetz auch inländische Fälle abdecken soll, nicht lediglich grenzüberschreitende,- das Beschleunigungsgebot,- die Möglichkeit schneller Klageabweisung,- die erweiterte Kostenerstattung. <p>Defizit des Gesetzentwurfs:</p> <p>Er blendet den außergerichtlichen Bereich aus.</p> <p>Oft genügen allerdings ungerechtfertigte Abmahnungen, Forderungen nach Unterlassung und Klageandrohungen, um Kritiker zum Schweigen zu bringen.</p> <p>Ich fordere daher, den außergerichtlichen Bereich im Gesetz wirksam zu berücksichtigen.</p> <p>Denkbar sind Regelungen vergleichbar zu §97a UrhG, inklusive Kostendeckelung für eine erste Abmahnung auf maximal 1.000 Euro und Erstattungspflicht bei unberechtigten Abmahnungen.</p> <p>Außerdem fordere ich, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- Strategien wie serielle oder parallele Verfahren thematisiert werden,- die SLAPP-Definition auf „teilweise begründet“ ausgeweitet wird,- SLAPPs etwa durch höhere Gebühren für Kläger abschreckend teuer werden,- notorische SLAPP-Anwaltskanzleien sanktioniert werden und

- die Anlaufstelle für SLAPP-Betroffene gestärkt wird.

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein wichtiger erster Schritt. Das Gesetz benötigt jedoch mehr Biss, um SLAPP-Opfer zu unterstützen und Kläger, die das Recht zur Einschüchterung von Kritikern missbrauchen wollen, abzuschrecken.